

Es reicht!

Der Abwärtstrend der heimischen Wirtschaft muss gestoppt werden

Südthüringer Unternehmen an der Grenze der Belastbarkeit! Unternehmen brauchen endlich eine vernünftige Wirtschaftspolitik

Deutschland verliert seit 2014 kontinuierlich den Boden seiner Wettbewerbsfähigkeit. In zehn Jahren rutschte Deutschland von Platz 5 auf Platz 22 im Ländervergleich ab. Das ist für eine Exportnation eine Unheil voraussagende Entwicklung, die sich noch nicht am Arbeitsmarkt, jedoch

bereits deutlich in rückläufiger Gewinnsituation und dramatisch zurückgehender Investitionsbereitschaft unserer Unternehmen äußert. Die Stimmung der heimischen Unternehmerschaft befindet sich auf einem nie gekannten Tiefpunkt.



1. Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien – Sargnagel für die Ordnungspolitik

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft hat der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren einen enormen wirtschaftlichen Erfolg beschert. Als Gegenentwurf zu staatlich gelenkter Wirtschaft sieht die Ordnungspolitik für den Staat das Setzen von Rahmenbedingungen für freies Agieren der Unternehmen aus Industrie, Handel und Handwerk mit einer wettbewerblichen Preisbildung vor. Was wir derzeit erleben, widerspricht dem eigenen Geschäftsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Ideologisch motivierte Unternehmensingriffe, Einflussnahme auf Preisbildung und Verbotspolitik schränken die unternehmerischen Gestaltungsspielräume zunehmend ein und hemmen die Bereitschaft zu Neugründungen und Betriebsnachfolgen. Die Anmaßung von Allwissen der Politik hat ein bisher ungekanntes Maß angenommen. **Unsere Forderung lautet: Bekenntnis zu Unternehmertum und Selbstständigkeit!**

6. Politische Unzuverlässigkeit schafft Protestwähler

Es drängt sich der Eindruck auf: Die deutsche Politik wird inzwischen an den Bürgern und an der Wirtschaft vorbei gemacht und bedient dabei maßgeblich ideologische und moralische Ziele unter Vernachlässigung eigener wirtschaftlicher Interessen. Der Erfolg deutscher Politik bemisst sich gefühlt ausschließlich an eingesparten CO₂-Emissionen und gendergerechter Sprache. Dass sich durch eine solche verengte Politik der Frust bei Bürgern und Unternehmern einnistet und sich Absetzbewegungen zur etablierten parlamentarischen Demokratie entwickeln, ist mehr als nachvollziehbar. Instabile politische Verhältnisse aber schaden Industrie, Handel und Handwerk. Sie senken die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts und der Marke „Made in Germany“. **Unsere Forderung lautet: Bürger und Unternehmer durch vernunftgeleitete Politik zurückgewinnen!**

2. Politischer Aktionismus schadet Unternehmen und Bürgern

Seit Fukushima, in dessen Folge Deutschland in Abkehr vom eigenen Ausstiegsplan über Nacht Atomkraftwerke vorfristig vom Netz nahm, erleben wir die ständige politische Verkürzung von strategischen Korridoren wie z. B. zum Kohleausstieg oder der ideologischen Korrektur von Emissionszielen. Diese ständige Abkehr von fachlich fundierten Konzepten und kommunizierten Zeitplänen verunsichert Unternehmen und Bürger, schafft unnötigen Handlungsdruck und bewirkt damit ungläubiges Kopfschütteln, nicht nur im eigenen Land, sondern in der ganzen Welt. Die deutsche Politik lässt sich von Ideologen, Lobbyisten, Umweltaktivisten und Medien zu einem unverantwortlichen Handeln treiben. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Erfolgreiches Wirtschaften benötigt Stabilität und Kontinuität. **Unsere Forderung lautet: Planbarkeit und Verlässlichkeit schaffen!**

7. Undurchdachte Energiewende schadet der Wirtschaft

Um das Ziel zu erreichen, CO₂-Emissionen in der Energieerzeugung zu senken, braucht es emissionsfreie Stromerzeugungstechnologien. Vor diesem Hintergrund ist die Abschaltung der Kernkraftwerke im letzten Jahr auch aus heutiger Sicht nicht nachvollziehbar. Der deutsche Einsatz gegen die Absicht der EU, Atomkraft als emissionsfreie Technologie zu kategorisieren, lässt nur den Schluss zu, dass physikalische Realitäten seitens der Ampelregierung radikal einer grünen Ideologie untergeordnet werden. Zur Umsetzung einer Transformation in der Dimension der Energiewende braucht es Unterordnung anderer politischer Ziele, z. B. der Vermeidung von Atommüll. Zudem gibt es moderne Kernkraft-Technologien, die auch dieses Ziel erfüllbar erscheinen lassen. Nicht ohne Grund hat Frankreich entschieden, 14 neue Kernkraftwerke zu bauen. Die undurchdachte deutsche Energiewende hat dazu geführt, dass einheimische Unternehmen enorme Steigerungen ihrer Energiekosten schultern müssen. **Unsere Forderung lautet: Unterbrechungsfreie, bezahlbare Energie sicherstellen!**

3. Ständige Standarderhöhung verschärft Bürokratie und treibt Kosten in die Höhe

In den vergangenen Jahren wurden neue Gesetze, Normen und Regelungen mit massiver Regelungswut beschlossen, statt sie wie versprochen zu optimieren. Die Folge sind wachsende, den Fachkräftemangel verschärfende Verwaltungsapparate, die die Standards durchsetzen und prüfen müssen, ausufernde Bürokratie für die Unternehmen in Industrie, Handel und Handwerk mit langen Bearbeitungszeiten und immer weiter steigende Kosten. Es ist aber auch mit noch so vielen Gesetzen nicht möglich, die Lebensrisiken auf Null zu senken. Wir brauchen maßvolle Standards und Gesetze. **Unsere Forderung lautet: Standards zurückführen und Bürokratie glaubhaft abbauen!**

8. Fehlende Prioritätensetzung lässt klaren Kurs vermissen

Das Regierungshandeln vermittelt zu häufig den Eindruck: Alle Ziele müssen gleichzeitig und sofort erreicht werden. Dabei wird nicht darauf geachtet, ob sie miteinander vereinbar sind und ob die nötigen Voraussetzungen gegeben sind. Wenn es primär darum geht, Deutschland in die CO₂-Neutralität zu bringen, dann bedeutet das, dass gewaltige Veränderungsprozesse gestemmt und Aufwände in Kauf genommen werden müssen, welche die Wirtschaft und Gesellschaft an die Belastungsgrenze bringen. Damit das gelingen kann, muss die Regierung jedoch dafür sorgen, dass zusätzlicher Bürokratie- und Kostenaufwuchs, verursacht durch gleichzeitige gesetzgeberische Aktivitäten und andere gesellschaftliche Projekte, unterbleiben. Das betrifft politische Projekte, wie Lieferkettengesetz und Hinweisgeberschutzgesetz, ebenso wie die anrollenden Walzen der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sustainable Finance. **Unsere Forderung lautet: Die Politik muss Prioritäten setzen und die Wirtschaft vor Überforderung schützen!**

4. Deutsche Alleingänge benachteiligen die heimische Wirtschaft

Warum Deutschland vor den anderen europäischen Staaten die CO₂-Preise im Verkehr- und Wärmesektor erhöhen muss, erschließt sich nicht. Statt den europäischen Zertifikatehandel zu vervollkommen und für alle verbindlich zu machen, versucht die Regierung, Deutschland zum Klassenbesten zu machen und lässt dafür Wirtschaft und Bürger bluten. Genauso ist es mit dem Gebäudeenergiegesetz. Warum führt Deutschland ein eigenes Gebäudeenergiegesetz mit großen Unwuchten ein, wohl wissend, dass die EU ebenfalls an einem Gebäudeenergieeffizienzgesetz arbeitet? Das ist deutsche Profilierungssucht zu Lasten von Wirtschaft und Bürgern und schafft zusätzliche Unsicherheiten für Handwerk, Industrie und Handel. **Unsere Forderung lautet: Keine Alleingänge, sondern abgestimmtes Vorgehen mit unseren europäischen Partnern!**

9. Eingriffe in die Unternehmenskultur sind nicht tolerierbar

Die mittelständische Unternehmerschaft steht für Tugenden wie Leistungsbereitschaft, Fleiß, Pünktlichkeit und Aufrichtigkeit. Darauf können wir alle mit Recht stolz sein. Jedoch mehren sich die staatlichen Eingriffe in die Unternehmenskultur. So treibt etwa das Hinweisgeberschutzgesetz, das seit Dezember 2023 für Unternehmen ab 50 Mitarbeitern verbindlich ist, einen Keil in die Belegschaften und weckt böse Erinnerungen an die Denunziationskultur aus DDR-Zeiten. Nur mit einem gesunden Betriebsklima, das auf gegenseitiger Wertschätzung basiert, sind die Unternehmen aus Industrie, Handel und Handwerk erfolgreich. **Unsere Forderung lautet: Keine staatliche Einmischung in die Unternehmenskultur!**

5. Moralisierende Außenpolitik behindert die außenwirtschaftliche Diversifizierung und schadet unseren Handelsbeziehungen

Die deutsche Außenpolitik verunsichert Geschäftspartner in aller Welt, so auch den wichtigsten deutschen Handelspartner China. Im gleichen Zuge lässt es Deutschland zu, dass Handelsabkommen mit Ausweichmärkten, z. B. Australien und Südamerika, durch ethische und weltverbessernde Auflagen für die Vertragspartner scheitern und damit der deutschen Wirtschaft Erleichterungen in wichtigen Ausweichmärkten vorenthalten werden. Diese Politik fördert den europäischen Protektionismus. Sie schadet der Exportnation Deutschland durch rechtliche Handelshemmnisse und Zölle. **Unsere Forderung lautet: Der Erfolg unserer Wirtschaft muss im Zentrum unserer Außenpolitik stehen!**

10. Abgabenlast nimmt der Wirtschaft die Luft zum Atmen

Die deutsche Wirtschaft ist im internationalen Vergleich stark mit Steuern und Abgaben belastet. Besonders betroffen sind dabei Personengesellschaften und Einzelunternehmer, die einkommensteuerpflichtig sind. Kapitalgesellschaften mussten zuletzt fast 30 Prozent ihres Gewinns in Form von Körperschafts- und Gewerbesteuern abführen. In fast allen anderen europäischen Ländern war die steuerliche Belastung niedriger. Zu hohe Steuern und Abgaben jedoch schränken die Wettbewerbsfähigkeit ein, entmutigen Existenzgründer und gefährden den Fortbestand manches Unternehmens. **Unsere Forderung lautet: Schluss mit weiteren Erhöhungen von Steuern und Abgaben!**

Unsere Forderung lautet: Wir brauchen eine neue Wirtschaftspolitik – JETZT!

Fazit: Nur wer selbst stark ist, kann anderen helfen

Nur mit einer starken Wirtschaft im Rücken kann Deutschland seine selbstgewählte Rolle als Schutzmacht für sozial Schwache, Kriegsflüchtlinge, Asylsuchende und Minderheiten ausfüllen. Die gegenwärtige Politik, die eine Erosion von Industrie,

Handwerk und Landwirtschaft in Kauf nimmt, schwächt den Standort besonders im ländlichen Raum, macht ihn unattraktiv und setzt in der Folge die Leistungsfähigkeit des Staates aufs Spiel. Unsere Unternehmen brauchen partnerschaftlich gestaltete

Transformationsprozesse, ohne Bevormundung und Verbote. Das Gebot der Stunde heißt Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien und ein Transformationsmanagement, das eine zeitliche, bürokratische und finanzielle Überforderung ausschließt.




Torsten Herrmann
Präsident der IHK Südthüringen




Mike Kämmer
Präsident der HWK Südthüringen


Dr. Ralf Pieterwas
Hauptgeschäftsführer der IHK Südthüringen


Sabine Bednarzik
stellv. Hauptgeschäftsführerin der HWK Südthüringen